

PER E-MAIL

E-Control Austria
Rudolfsplatz 13a
1010 Wien

E-Mail: tarife@e-control.at

29.03.2019
GAZPROMEX/54002

Einschreiter:

Gazprom export LLC
Ostrovskogo Sq. 2a letter "A",
Sankt Petersburg 191023,
Russland

bevollmächtigte Vertreter
(§ 8 Abs 1 RAO):
P 130765

wegen:

Konsultation zur Umsetzung des Netzkodex über harmonisierte Fernleitungsentgeltstrukturen

STELLUNGNAHME

1-fach

Univ. Prof. Dr. Fritz Schönherr (-1984)
MMag. Silgrun Adrian-Waltner
MMag. Stefanie Alchhorn-Wöss
Dr. Robert Nicolas Bachner, LL.M.
Mag. Constantin Benes, LL.M.
Dr. Klaus Cavar, LL.M.
Mag. Valerie Ditz-Stimakovits, LL.M.
Mag. Martin Ebner, LL.M.
Mag. Arabella Eichinger
Dr. Peter Feyl, LL.M.
Mag. Clemens Gaugusch, LL.M.
Dr. Christoph Hald, LL.M.
Dr. Christian Herbst, LL.M.
Mag. Evelin Hlina, LL.M.
Dr. Dominik Hofmarcher
Dr. Sascha Hödl, LL.M.
Dr. Wolfgang Höller, MBL-HSG
Mag. Ayla Ilıcali, LL.M.
Mag. Sara Khalil, LL.M.
Dr. Klara Laura Kiehl
Dr. Peter Konwitschka
Mag. Leon Kopecky, LL.M.
Hon.Prof. Dr. Guido Kucsko
Dr. Thomas Kulnigg
Dr. Florian Kuszner, LL.M.
Dr. Stefan Kühleub
Dr. Michael Lagler, LL.M.
Mag. Maximilian Lang, LL.M.
Dr. Günther Leissler, LL.M.
Dr. Christoph Lindinger
Mag. Dr. Peter Madl
Mag. Katharina Mihalovic
Dr. Andreas Natterer
MMag. Gregor Petric
Maja Petrovic, LL.M.
Mag. Dr. Roman Perner
Mag. Victoria Pernt, LL.M.
Mag. Markus Pluk, LL.M., MBA
Dr. Alexander Popp, LL.M.
Mag. Matthias Pressler, BSc
Mag. Clemens Rainer
Mag. Bernd Rajal
Dr. Ursula Rath, LL.M.
Dr. Manuel Ritt-Huemer, MSc
Mag. Benjamin Schlatter, Bakk. techn.
Hon.Prof. Dr. Christian Schmelz
Dr. Sascha Schulz
Dr. Christian Schumacher, LL.M.
Mag. Laurenz Schwitzer
Mag. Marguerita Sedrati-Müller, Bakk.
Mag. Miriam Simsa
Mag. Johannes Stalzer
Mag. Gudrun Stangl, LL.M., MBA
Mag. Stefanie Stegbauer
Michael Stimakovits, LL.M.
Mag. Marco Thorbauer
MMag. Dr. Wolfgang Tichy
Dr. Franz Urlesberger, LL.M.
MMag. Bojana Vareskic
Mag. Teresa Waldmann
Dr. Gudrun Wanlek, MA
Mag. Julia Wasserburger, LL.M., LL.M.
Mag. Volker Weiss, LL.M.
Mag. Dr. Thomas Wenger
Mag. Veronika Wolfbauer, LL.M.
Dr. Michael Woller, LL.M., MBA
Mag. Dr. Hanno Wollmann, LL.M., MA
Mag. Manuela Zimmermann

Schönherr Rechtsanwälte GmbH
A-1010 Wien, Schottenring 19
T: +43 1 534 37 0
F: +43 1 534 37 - 66100
office.austria@schoenherr.eu
www.schoenherr.at
FN 266331p HG Wien
UID ATU 61980967
DVR 157139

AUSTRIA
EUROPEAN UNION
BULGARIA
CROATIA
CZECH REPUBLIC
HUNGARY
MOLDOVA
POLAND
ROMANIA
SERBIA
SLOVAKIA
SLOVENIA

Am 31. Jänner 2019 veröffentlichte die Energie-Control Austria für die Regulierung der Elektrizitäts- und Erdgaswirtschaft, Rudolfsplatz 13a, 1010 Wien (**E-Control**) ihre Konsultationsunterlage (**KU**) zur Umsetzung der Verordnung (EU) 2017/460 der Kommission vom 16. März 2017 zur Festlegung eines Netzkodex über harmonisierte Fernleitungsentgeltstrukturen (**NC TAR**). Die KU soll der Erfüllung des Konsultationserfordernisses des NC TAR dienen.

Jedermann hat das Recht, zur KU bis zum 31. März 2019 Stellung zu nehmen. Binnen offener Frist erstatten wir nachstehende

Stellungnahme:

Wir sind eine zum Gazprom-Konzern gehörige, nach russischem Recht gegründete Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Wir haben unseren Sitz in Sankt Petersburg, Russland, und liefern in großem Umfang russisches Erdgas für den österreichischen Markt und die Märkte angrenzender Staaten. Für den Export nach Österreich und in darüber angebundene Staaten (wie Italien, Deutschland, Ungarn und Slowenien) sind wir auf das österreichische Gasfernleitungsnetz angewiesen.

1. Anmerkungen zum Konsultationsverfahren

Bei der gegenständlichen Konsultation handelt es sich um eine abschließende Konsultation iSd Art 26(1) NC TAR. Dies ergibt sich daraus, dass das gesamte Verfahren, das die abschließende Konsultation zur Referenzpreismethode (**RPM**), die begründete Entscheidung der E-Control iSd Art 27(4) NC TAR, die Berechnung der Entgelte auf der Grundlage dieser Entscheidung und die Veröffentlichung der Entgelte gemäß Kapitel VIII NC TAR umfasst, bis spätestens 31. Mai 2019 abzuschließen ist (Art 27(5) NC TAR). Bemerkenswert ist, dass der Agentur für die Zusammenarbeit der Energieregulierungsbehörden (**ACER**) die Möglichkeit einzuräumen ist, innerhalb von zwei Monaten nach dem Ende der abschließenden Konsultation die Ergebnisse der KU-Prüfung iSd Art 27(2) NC TAR an die nationale Regulierungsbehörde zu übermitteln. Da aber die abschließende Konsultation erst am 31. März 2019 endet und das gesamte Verfahren bis 31. Mai 2019 abzuschließen ist, wird der in Art 27(3) NC TAR vorgesehene Prüfungszeitraum von zwei Monaten erheblich verkürzt. Die Prüfung der ACER hat den Zweck, dass die nationale Regulierungsbehörde bei ihrer begründeten Entscheidung iSd Art 27(4) NC TAR die Ergebnisse der Prüfung, insbesondere jene im Hinblick auf die Übereinstimmung der vorgesehenen RMP mit den in Art 7 NC TAR festgelegten Bestimmungen, berücksichtigen kann. Das ist aber aufgrund der späten Einleitung der abschließenden Konsultation nur dann möglich, wenn ACER noch vor dem 31. Mai 2019 und damit vor Ablauf der durch den NC TAR eingeräumten Frist die Ergebnisse der Prüfung an E-Control übermittelt. ACER wird auch die Möglichkeit genommen, bei ihrer Prüfung die im Rahmen der Konsultation eingegangenen Antworten zu berücksichtigen; eben diese Berücksichtigung sollte aber aufgrund der Bestimmung des Art 26(3) NC TAR ermöglicht werden. Wir halten daher fest, dass das gegenständliche Konsultationsverfahren aus unserer Sicht nicht den Anforderungen des NC TAR entspricht.

Bemerkenswert ist auch, dass E-Control bislang keine Konsultation der vorgeschlagenen RPM durchgeführt hat und sich offenkundig auf eine einzige Konsultation beschränkt, die noch dazu so spät eingeleitet wurde, dass eine sorgfältige Prüfung und Berücksichtigung der im Verfahren erstatteten Stellungnahmen kaum möglich ist. Der NC TAR stellt es den nationalen Regulierungsbehörden zwar grundsätzlich frei, eine oder mehrere Konsultationen durchzuführen, ein mehrere Stufen umfassendes Konsultationsverfahren, das Netznutzern erlaubt zu prüfen, inwieweit Stellungnahmen bei der Erarbeitung der finalen RPM berücksichtigt wurden, ist aber im Sinne der Transparenz und bestmöglichen Einbindung aller Stakeholder jedenfalls wünschenswert und je nach Komplexität der RPM sogar erforderlich. Im Gegensatz zu anderen Ländern wie zB Deutschland, die Niederlande, Italien und Dänemark beschränkt sich E-Control jedoch auf eine einzige Konsultation. Es entsteht der Eindruck, dass E-Control – wie schon in der Vergangenheit – im Zusammenhang der Festlegung von Fernleitungsentgelten keinen großen Wert auf größtmögliche Transparenz und Nachvollziehbarkeit legt. Dies ist auch insoweit problematisch, als in der gegenständlichen KU mehrmals auf Berechnungen, Methoden und Vorgaben der bestehenden Methodengenehmigung iSd § 82 GWG 2011 verwiesen wird, die bislang nicht Gegenstand von öffentlichen Konsultationen war und in der KU auch nicht näher erläutert wird. Für uns als Netznutzer hat die Umsetzung des NC TAR und die den Tarifen zugrundeliegende RPM außerordentlich große Bedeutung, weil sie sich auf den Preis und die Profitabilität unserer Transportaktivitäten unmittelbar auswirken und aus diesem Grund für die mittel- bis langfristige Planung unseres Portfolios entscheidend sind. Größtmögliche Transparenz und allgemeine Nachvollziehbarkeit der RPM sind zwingend notwendig. Aus unserer Sicht wird das KU diesen Anforderungen nur teilweise gerecht.

2. Vorgeschlagene Referenzpreismethode (RPM)

Es bestehen aus unserer Sicht keine grundsätzlichen Bedenken gegen die Anwendung der vorgeschlagenen RPM, die bei der Berechnung der Netzentgelte auf einen virtuellen Referenzpunkt (Baumgarten) abstellt. Jedoch sind die im Rahmen der RPM zur Anwendung gelangenden Berechnungen, Methoden und Vorgaben unzureichend erklärt und nur schwer bis überhaupt nicht nachvollziehbar. Dies betrifft vor allem die folgenden Eckpunkte der RPM: Distanzkorrektur bei nicht beeinflussbaren Kosten, Clustering von Ein- und Ausspeisepunkten, Berechnung des Entfernungsfaktors, 10%-Deckel auf Tarifsteigerungen, Benchmarking Murfeld, Anwendung einer Konstanten auf alle Einspeise- und Ausspeisepunkte sowie Höhe der Abschläge, Multiplikatoren und saisonale Faktoren (vgl dazu im Einzelnen unten).

Der in der KU enthaltene Hinweis, wonach die vorgeschlagene RPM (virtueller Referenzpunkt) bereits vor Inkrafttreten des NC TAR für die seit 2016 gültige Entgeltperiode gemeinsam angewandt wird, ist wenig hilfreich, weil die bestehende Methodengenehmigung nach § 82 GWG 2011 keine Ausführungen zu den oben genannten Eckpunkten enthält. Anhand der auf der Website der E-Control veröffentlichten Methodengenehmigung ist nicht einmal überprüfbar, ob den derzeitigen Entgelten die RPM des virtuellen Referenzpunkts tatsächlich zugrunde gelegt wurde. Dort ist keine

Rede von VP-Entfernungen, Kapazitätsgewichtungen, Entfernungsfaktoren oder Clustering. Die im KU aufgestellte Behauptung, dass die derzeit angewandte RPM "allgemein akzeptiert [und] transparent" ist entbehrt daher jeder Grundlage, zumal diese Methode niemals Gegenstand von Konsultationen mit den Marktteilnehmern war und schon bislang von Marktseite kritisiert wurde, dass die Festlegung von Fernleitungsnetzentgelten in Österreich mit nicht ausreichender Transparenz erfolgt.

3. Benchmark-Entgelt Murfeld

Für Ausspeisungen am Punkt Murfeld kommt ein eigens errechnetes Benchmark-Entgelt zur Anwendung, um ein im Vergleich zu einer vermeintlich konkurrierenden Transportroute (Transport über den Mosonmagyaróvár in das kroatische Einspeise-Ausspeisesystem) wettbewerbsfähiges Tarifniveau zu erreichen. Die KU enthält keine Ausführungen dazu, inwieweit der Punkt Murfeld tatsächlich in Konkurrenz zur behaupteten Alternativroute steht ("effective pipeline-to-pipeline competition") und inwieweit die vermeintliche Alternativroute eine gleichwertige Alternative für Netznutzer bildet. Es wird auch nicht erklärt, wie das Benchmark-Entgelt für Murfeld berechnet wurde. Aus der Tariftabelle ist lediglich ersichtlich, dass das Benchmark-Entgelt zu einer erheblichen Reduktion des bestehenden Tarifs um 33% führt. Die Berechnung des Benchmark-Entgelts Murfeld ist daher weder transparent noch nachvollziehbar. Sie ist daher mit Art 7(a) NC TAR nur schwer in Einklang zu bringen. Inwieweit der Punkt Murfeld ohne Reduktion (in dieser Höhe) nicht kompetitiv wäre, wird in der KU nicht dargelegt. Es erfolgt auch keine Untersuchung dahingehend, ob das Benchmark-Entgelt und die beabsichtigte Herstellung der Wettbewerbsfähigkeit mit einem bestimmten anderen Punkt den Zielen der europäischen Gasmarktregulierung tatsächlich gerechter wird als eine kostenverursachungsgerechte Festlegung des Entgelts. Diese Informationen wären aber erforderlich, um beurteilen zu können, ob das vorgeschlagene Benchmark-Entgelt im Lichte des NC TAR sachgerecht ist und keine unzulässigen Diskriminierungen und Quersubventionierungen unter Marktteilnehmern zu Folge hat. Das Benchmark-Entgelt steht daher in Folge mangelnder Transparenz seiner Hintergründe und Berechnung in potentielltem Konflikt mit Art 7(a) und (b) NC TAR. Der pauschale Verweis auf die Bewertung der Kostenzuweisung gemäß Art 5 NC TAR vermag diesen Mangel aus unserer Sicht nicht zu beseitigen, weil – wie im Einzelnen noch näher darzulegen ist – die im Rahmen der RPM vorgeschlagenen Berechnungsmethoden offenkundig darauf ausgerichtet sind, unter dem Index von 10% für den Kostenzuweisungsvergleich zu bleiben (der Index beträgt laut KU 9,95%).

4. Entgeltsteigerungsbremse von 10%

Wir lehnen die vorgeschlagene Tarifierhöhung grundsätzlich ab, weil uns keine größeren netzbezogenen Investitionen und auch keine wesentliche Änderungen in Bezug auf die Netznutzung oder Kapazitätsbuchungssituation, die eine Tarifierhöhung in diesem Ausmaß rechtfertigen würden, bekannt sind. Auch besteht unseren Informationen nach eine konstant hohe Auslastung der Ein- und Ausspeisepunkte. Weiters hinterfragen wir, ob die vorgeschlagene Entgeltsteigerungsbremse

(**Kostenbremse**) in Bezug auf alle Ein- und Ausspeisepunkte kostenverursachungsgerecht ist. Die KU lässt nicht erkennen, wie hoch die Tarife der einzelnen Ein- und Ausspeisepunkte ohne Anwendung der Kostenbremse wären. Die E-Control selbst unterscheidet zwischen den "tatsächlichen" Tarifen, die mit Beginn der nächsten Entgeltperiode zur Anwendung gelangen sollen und jenen, die sich aus der RPM ohne Kostenbremse theoretisch ergeben würden ("theoretische" Entgelte). Nur die tatsächlichen Entgelte sind in der KU dargelegt.

Im Lichte der Verursachungsgerechtigkeit macht es einen erheblichen Unterschied, ob in Bezug auf einen spezifischen Punkt eine (theoretische) Tarifsteigerung von beispielsweise 12% mit 10% "gedeckt" wird oder ob eine Tarifsteigerung von beispielsweise über 35% oder mehr mit dem gleichen Prozentsatz gedeckt wird. Durch die einheitliche Anwendung einer 10% Kostenbremse (ohne Rücksichtnahme auf die nach der Methode ermittelten Kosten) werden die der RPM zugrundeliegenden und für die Tarifbestimmung entscheidenden Parameter wie zB die prognostizierte Kapazität oder die Entfernung zum virtuellen Referenzpunkt zwangsläufig unterlaufen. Es ist aus unserer Sicht fraglich, ob eine solche Methode den Prinzipien der Kostenwahrheit und Verursachungsgerechtigkeit gerecht wird oder vielmehr das Risiko einer unverhältnismäßigen Kosten- und Erlöszuteilung mit sich bringt. Mangels Transparenz der "theoretischen" Tarife ist auch nicht auszuschließen, dass die Tarife einzelner Punkte, die bei Anwendung der RPM überhaupt nicht oder mit weniger als 10% erhöht werden müssten, allein deshalb um 10% erhöht werden, um die Beibehaltung des derzeitigen Tarifs (zB Einspeisepunkt Verteilergelände) oder die Tarifierhöhung an anderen Punkten (Ausspeisepunkt Murfeld) auszugleichen. Dies wäre zwar mit dem Konzept einer Kostenbremse nicht mehr vereinbar, mangels Offenlegung der "theoretischen" Tarife können wir aber selbst diese Kostenverschiebung nicht ausschließen. Durch Offenlegen der theoretischen Tarife könnten diese Bedenken beseitigt werden. Bemerkenswert ist auch, dass die 10% Tarifierhöhung bei einzelnen Ein- und Ausspeisepunkten, die besonders hohe Kapazitäten aufweisen (wie zB Baumgarten), eine massive Erhöhung der zulässigen Erlöse für Netzbetreiber zur Folge haben werden. Dies ist nicht gerechtfertigt, weil keine größeren netzbezogenen Investitionen getätigt wurden und das Niveau der Kapazitätsbuchungen und der Auslastungsgrad relativ hoch sind. Aus der KU ist aber nicht einmal ansatzweise erkennbar, ob und nach welcher Methode dieser Erlöszuwachs auf die anderen Punkte aufgeteilt wird.

Zu beachten ist weiter, dass der in der KU enthaltene Vergleich zwischen der vorgeschlagenen RPM und der Methode der kapazitätsgewichteten Distanz (Art 8 NC TAR) nicht nachvollziehbar ist, weil einerseits nicht erkennbar ist, ob bei den Tarifen nach letzterer Methode ebenso die 10% Kostenbremse angewandt wurde. Sollte dies nicht der Fall sein, ist eine Vergleichbarkeit von vornherein ausgeschlossen. Ein direkter Vergleich würde zudem voraussetzen, dass die nach beiden Methoden ermittelten (theoretischen) Entgelte, sprich ohne Anwendung der Kostenbremse, einander gegenüber gestellt werden.

Die mangelnde Transparenz der theoretischen Tarife stellt die Transportkunden auch unter dem Gesichtspunkt der Beurteilung der gegenständlichen RPM vor ein

unlösbares Problem. E-Control stellt zwar in Aussicht, dass sich die theoretischen und tatsächlichen Tarife über die nächstfolgenden Regulierungsperioden weitgehend angleichen werden, hält aber zugleich fest, dass dies von verschiedenen Faktoren und Variablen abhängt. Ohne Kenntnis der der RPM zugrunde liegenden theoretischen Entgelte ist uns aber nicht möglich, die Auswirkungen der vorgeschlagenen Methode auf unser Produktportfolio einzuschätzen. Unklar ist auch, wie sich die für die nächstfolgenden Entgeltperioden angekündigte Kostenbremse auf die Tarife der einzelnen Einspeise- und Ausspeisepunkte auswirken wird. Dies bedeutet große Unsicherheiten für die Planung unseres zukünftigen Portfolios. Aus diesem Grund ersuchen wir E-Control, die theoretischen Tarife offenzulegen und damit die erforderliche Transparenz in Bezug auf die Tarif- und Kostenstruktur bezogen auf die einzelnen Ein- und Ausspeisepunkte herzustellen. Dies erscheint auch im Lichte des Art 7(a) NC TAR geboten. In diesem Zusammenhang behalten wir uns ausdrücklich das Recht einer ergänzenden Stellungnahme vor, sobald die "theoretischen" Tarife durch E-Control offengelegt werden.

Diesen Punkt abschließend halten wir fest, dass die Kostenbremse von 10% mit durchaus erheblicher Wahrscheinlichkeit den Index für den Kostenzuweisungsvergleich verfälscht. Es ist nicht auszuschließen, dass der Index von derzeit 9,95% ohne Kostenbremse, sprich unter Zugrundelegung der theoretischen Tarife, oder bei einer differenzierten Anwendung der Kostenbremse auf über 10% ansteigt. Diesfalls hätte E-Control eine entsprechende Begründungspflicht für die mit der vorgeschlagenen RPM verbundenen Quersubventionierungen. Da die Kostenbremse einheitlich und ohne Rücksicht auf die theoretischen Tarifhöhen angewandt wird, lässt der derzeitige Index keine Rückschlüsse auf die aus der vorgeschlagenen RPM resultierenden Kostenzuweisungen zu. Unseres Erachtens müsste daher in der KU eine entsprechende Begründung erfolgen, wenn bei Anwendung der theoretischen Tarife der Index über 10% liegt. Im Zusammenhang mit der 10% Kostenbremse ist auch fraglich wie die systeminterne gegenüber der systemübergreifenden Nutzung abgegrenzt wird.

5. Ein- und Ausspeiseentgelt – Verteilergesamt

Im Gegensatz zu einem Großteil der Ein- und Ausspeisepunkte, an denen die Tarife einheitlich um 10% erhöht werden, erfolgt beim Ausspeisepunkt zum Verteilergesamt keine Tarifierhöhung. Für die Einspeisung ins Verteilergesamt gelangt zudem unverändert kein Tarif zur Anwendung. Es ist nicht nachvollziehbar, warum gerade die Ein- und Ausspeisepunkte zum Verteilergesamt (exakt) 0% Entgeltänderung aufweisen, insbesondere vor dem Hintergrund, dass die Entgelte das Ergebnis eines komplexen Berechnungsmodus aufgrund einer neuen RPM bilden und E-Control von wesentlichen Erhöhungen der nicht beeinflussbaren Kosten ausgeht. Prima vista indiziert dies eine nicht kostenverursachungsgerechte Entgeltfestlegung zu Lasten jener, die primär andere Ein- und Ausspeisepunkte nutzen. Angesichts der an der Grenze zum Verteilergesamt kommittierten Kapazitäten von 32.000.000 kWh/h bzw 4.031.159 kWh/h besteht der Verdacht einer erheblichen Quersubventionierung, die mit Art 7(b) NC TAR nicht in Einklang zu bringen ist. Zudem ist nicht auszuschließen,

dass die tariffreie Einspeisung ins Verteilersystem heimische Produzenten bevorzugt.

6. Clustering

Grundsätzlich besteht gegen den Grundgedanken eines Clusterings von Einspeisepunkten oder bestimmter Ausspeisepunkten kein Einwand, allerdings stellt sich wiederum im Zusammenhang mit der in Pkt 4 oben angesprochenen, einheitlichen Kostenbremse die Frage, ob das vorgeschlagene Clustering dem Prinzip der Verursachungsgerechtigkeit ausreichend Rechnung trägt. Nach unserem Verständnis werden im Wege des Clustering von Einspeisepunkten die punktbezogenen Distanzen zum virtuellen Referenzpunkt durch eine einheitliche kapazitätsgewichtete Durchschnittsentfernung ersetzt. Diese Durchschnittsentfernung wird allen nachfolgenden Berechnungsschritten zugrunde gelegt. Im Ergebnis führt dies zu einem einheitlichen Tarif für alle Ausspeisepunkte im Marktgebiet Ost. Es besteht aber das Risiko, dass im Ergebnis die dem Tarif zugrundeliegende kapazitätsgewichtete Distanz durch die einheitliche Kostenbremse von 10% verfälscht wird. Zu einer Verfälschung kommt es insbesondere auch bei einer clusterübergreifenden Betrachtung, weil den jeweiligen Clustern "theoretische" Einheitstarife zugrunde liegen könnten, die weit höher sind, als die aufgrund der Kostenbremse tatsächlich zur Anwendung gelangenden Einheitstarife. Je nachdem wie groß die Abweichung zwischen dem tatsächlichen und theoretischen Einheitstarif je Cluster ist, kann es unter den einzelnen Clustern zu einer nicht verursachungsgerechten Verteilung von Kosten und Erlösen kommen.

Wir weisen darauf hin, dass der vorgeschlagene Einspeisecluster Einspeisepunkte umfasst, die eine völlig unterschiedliche Entfernung zum virtuellen Referenzpunkt Baumgarten aufweisen. So weisen die einzelnen Einspeisepunkte Distanzunterscheide von bis 380km auf. Daher erscheint fraglich, ob es im Lichte der Kostenwahrheit gerechtfertigt ist, die kapazitätsgewichtete Durchschnittsentfernung von Einspeisepunkten wie Baumgarten und Arnoldstein zu bilden. Wir regen daher an, ausschließlich jene Einspeisepunkte zu clustern, die sich in vergleichbarer Nähe zum virtuellen Referenzpunkt befinden.

7. Entfernungsfaktor

Der Berechnung des Einspeise- und Ausspeisebasisentgelts soll ein für die Betroffenen nicht nachvollziehbarer Entfernungsfaktor zugrunde gelegt werden. In der KU wird die Berechnung des Entfernungsfaktors zwar in einer Fußnote kurz erläutert, es wird aber nicht angegeben, ob es sich bei der Entfernung des am weitesten vom virtuellen Referenzpunkt entfernten Punktes um die tatsächliche Entfernung laut Tabelle "iv. Leitungslängen"¹ oder um die im Rahmen der Distanzkorrektur korrigierte Entfernung gemäß Pkt 9 unten und/oder um die kapazitätsgewichtete Durchschnittsentfernung des jeweiligen Clusters handelt.

¹ KU, Seite 8.

8. Rescaling

Für die Anpassung (Rescaling) gem Art 6(4)(c) NC TAR wird das Entgelt an allen Ein- und Ausspeisepunkten mit einer Konstanten multipliziert. Nach den Ausführungen in der KU ergibt sich die Notwendigkeit für diese Anpassung aus den Auswirkungen der Speicherabschläge, des Benchmark-Entgelts für den Punkt Murfeld und des allgemeinen Benchmarkings, das die derzeitige 10%ige Entgeltsteigerungsbremse bedingt. Mit welcher Konstanten die Ein- und Ausspeisepunkte multipliziert werden, ist in der KU nicht ersichtlich und damit nicht nachvollziehbar. Weiters finden sich keine Angaben dazu, welche Auswirkungen das Rescaling auf den entry/exit Split hat, der sich aus der strikten Anwendung der RPM ergibt. Auch die Auswirkungen auf den Index des Kostenzuweisungsvergleichs werden nicht dargelegt.

9. Distanzkorrektur

E-Control begründet die vorgeschlagenen Distanzkorrekturen mit der unterschiedlichen Systemkonfiguration, jedoch ohne auszuführen, worin der Unterschied konkret besteht. Um beurteilen zu können, ob die vorgeschlagene Distanzkorrektur in Bezug auf die nicht beeinflussbaren Kosten gerechtfertigt ist, müssten nähere Informationen zur Kostenstruktur der beiden Fernleitungsnetzbetreiber offengelegt werden. Diese sind bislang nicht Gegenstand der Konsultation. Aus diesem Grund kann zur vorgeschlagenen Distanzkorrektur erst nach Offenlegung der Kostenstrukturen abschließend Stellung genommen werden. Die beschriebene Methode, wonach die Entfernungen aller Punkte der TAG und der GCA "in Bezug auf Gastransporte durch das TAG-Netz mit dem Anteil der nicht beeinflussbaren Kosten der TAG" zu gewichten sind, ist nicht nachvollziehbar, insbesondere weil die letztlich korrigierten Entfernungswerte nicht offengelegt werden. Es ist auch unklar, ob für die im Rahmen des Clustering durchzuführende Ermittlung der kapazitätsgewichtigen Durchschnittsentfernung die tatsächlichen oder die korrigierten Entfernungswerte verwendet werden.

10. Abschläge, Multiplikatoren und saisonale Abschläge

In Bezug auf die vorgeschlagenen Abschläge auf unterbrechbare Kapazitäten schlagen wir vor, die Unterbrechungswahrscheinlichkeit nicht ausschließlich auf Grundlage von historischen Daten zu berechnen. Die tatsächliche Unterbrechungswahrscheinlichkeit ist in der Regel um ein Vielfaches höher, weil beispielsweise die von den Marktteilnehmern gesetzten kurzfristigen Maßnahmen zur Vermeidung von Unterbrechungen (zB Renomminierungen) aus den historischen Unterbrechungsdaten nicht erkennbar sind.

Die vorgeschlagenen Multiplikatoren bewegen sich zwar im Rahmen der vom NC TAR vorgesehenen Bandbreiten, liegen aber einerseits deutlich über den derzeit festgelegten Multiplikatoren gemäß Gas-Systemnutzungsentgelte-Verordnung 2013 idF BGBl II Nr 355/2018 sowie andererseits auch über den Multiplikatoren, die in anderen Ländern vorgeschlagen werden bzw zur Anwendung gelangen. Eine Begründung für die Erhöhung der Multiplikatoren enthält die KU nicht. Es wird lediglich

pauschal auf mögliche positive Effekte von Multiplikatoren verwiesen, ohne diese in Relation zu den Marktgegebenheiten in Österreich zu setzen. Tatsächlich gab es in Österreich über die letzten Jahre keine netzbezogenen Maßnahmen (Investitionen in die Netzinfrastruktur), die zugunsten der Integration von unterjährigen Kapazitätsprodukten durchgeführt wurden und erhöhte Multiplikatoren rechtfertigen könnten. Die Verteuerung von kurzfristigen Buchungen ist auch in Anbetracht des Umstands, dass in Österreich die technisch verfügbaren Kapazitäten zu einem großen Anteil über Langfristverträge ausgebucht sind, kritisch zu sehen, weil sie das Schaffen zusätzlicher Liquidität am Markt durch kurzfristige Kapazitätsprodukte nicht erleichtert, sondern tendenziell erschwert. Auch die – im Übrigen von E-Control nicht einmal angesprochenen – Leerstandskosten sind für Österreich nicht relevant. Sie sind bei der derzeitigen Kapazitätsauslastung in Österreich ohnehin sehr gering. Die Leerstandskosten können daher Multiplikatoren von bis zu 1,50 (Day-Ahead) bzw 2,0 (Within-Day) nicht rechtfertigen. Sollte E-Control anderer Meinung sein, wäre es im Hinblick auf die Transparenzanforderungen des NC TAR erforderlich gewesen, eine entsprechende Begründung in die KU aufzunehmen.

Auch der saisonale Faktor für den Ausspeisepunkt Arnoldstein erscheint nicht gerechtfertigt. E-Control argumentiert das Festlegen dieses Faktors einzig und allein damit, dass der Punkt Arnoldstein eindeutige verbrauchsabhängige monatliche Nachfrageschwankungen aufweist. Das trifft allerdings auf andere Ausspeisepunkte wie zB Murfeld mehr oder weniger gleichermaßen zu. Der saisonale Faktor für Arnoldstein wird die Kosten für Erdgasexporte nach Italien und damit die dortigen Endkundenpreise in Spitzenzeiten deutlich erhöhen, dies erscheint prima vista nicht gerechtfertigt.

11. Anträge

Aus der KU ist nicht ersichtlich, ob E-Control beabsichtigt, die begründete Entscheidung iSd Art 27(4) NC TAR und/oder die RPM in Form einer Methodengenehmigung nach § 82 GWG zu erlassen. Sollte dies der Fall sein, stellen wir den **Antrag**, uns im Verfahren nach § 82 GWG Parteistellung einzuräumen und Parteiengehör zu gewähren. Weiters stellen wir unter Hinweis auf die Entscheidung des Europäischen Gerichtshofes *E.ON Földgáz Trade Zrt*² den **Antrag**, uns den Bescheid zur Methodengenehmigung zu Händen unserer ausgewiesenen Rechtsvertreter zuzustellen.

Für den Fall, dass die begründete Entscheidung und/oder die Festlegung der RPM in Form einer Verordnung erfolgt, behalten wir uns das Recht vor, im Rahmen des Begutachtungsverfahrens vor der Regulierungskommission der E-Control weitere Stellungnahmen zu erstatten. Wir ersuchen E-Control sicherzustellen, dass das Begutachtungsverfahren so rechtzeitig eingeleitet wird, dass ausreichend Zeit für die Stellungnahme zur Verfügung steht.

Gazprom export LLC

² *E.ON Földgáz Trade Zrt v Magyar Energetikai és Közműszabályozási Hivatal*, C-510/13, ECLI:EU:C:2015:189.

